

Chinas

in Zeiten verschärfter Religionspolitik



Religion wird einmal als Ressource genutzt, dann wieder repressiv behandelt – flexible Reaktion auf Realitäten, soziales Engagement und Frömmigkeit. Wie unter einem Brennglas ließen sich in der Corona-Pandemie charakteristische Verhaltensweisen von Religionsaufsichtsbehörden und Religionsgemeinschaften in China beobachten

VON KATHARINA WENZEL-TEUBER

Unter dem allgemeinen Lockdown wurden am 23. Januar alle religiösen Stätten in China geschlossen. Das religiöse Leben fand fortan vorwiegend in den Familien oder online statt. Die Einheitsfrontabteilung der Kommunistischen Partei Chinas schwor die religiösen Gemeinschaften des Landes auf Kooperation im Kampf gegen das Virus ein. Diese spendeten hohe Geldsummen für die Katastrophenhilfe in Wuhan. Wo möglich, engagierten Religionsanhänger sich auch praktisch. So verteilten Protestanten und tibetische Mönche Gesichtsmasken, damals Mangelware. Muslimische Nudelbudenbesitzer lieferten Mahlzeiten für das unter Dauerstress arbeitende Personal von Krankenhäusern und katholische Ordensfrauen engagierten sich in Gruppen, die psychologische Hilfe anboten. Jedoch war nicht alle Hilfe den Behörden willkommen. So wurden Spenden nichtregistrierter protestantischer Hauskirchen teilweise zurückgewiesen.

Als sich im März der Schwerpunkt des Ausbruchs verlagerte, spendeten chinesische Christen für Corona-Opfer in anderen Ländern. Das größte katholische Hilfswerk Chinas, Jinde Charities, sammelte bis zum 23. April umgerechnet eine Million Euro – darunter ein großer Beitrag der von chinesischen Protestanten gegründeten Amity Foundation – für die Corona-Auslandshilfe. Zwischen Mitte März und Anfang April schickte Jinde mit Hilfe der chinesischen und italienischen Behörden und der Rot-Kreuz-Organisationen beider Länder zwei große Hilfslieferungen über die Vatikanische Apotheke in die Epidemiegebiete Italiens. Der katholische Unter-

grundbischof Shao Zhumin von Wenzhou rief die Gläubigen zu Spenden für Italien und den Heiligen Stuhl auf.

Nach dem Ende des Lockdowns Mitte März nahmen lokale Behörden an manchen Orten den Abriss von Kirchturmkreuzen und von Kirchen ohne Registrierung oder Baugenehmigung wieder auf. Am 19. Juni wurde der katholische Untergrundbischof Cui Tai von Xuanhua erneut festgenommen, der zu Chinesisch-Neujahr Ende Januar für einen Familienbesuch aus der Haft entlassen worden war. Insgesamt waren die religiösen Stätten unter dem Lockdown deutlich länger geschlossen als die meisten anderen Einrichtungen. Sie dürfen erst seit Anfang Juni unter Auflagen wieder öffentliche Gottesdienste abhalten. Der Andrang ist groß: Wegen der Halbierung der erlaubten Teilnehmerzahl mussten katholische Gemeinden in Peking, Shanghai und anderen Städten die Zahl der Sonntagsgottesdienste erhöhen, damit alle Katholiken die Chance haben, eine Heilige Messe zu besuchen.

Die Entwicklung unter Xi Jinping

Die Verfassung der kommunistischen Volksrepublik China sieht die Freiheit des religiösen Glaubens vor. Die fünf anerkannten Religionen – Daoismus, Buddhismus, Islam, Protestantismus und Katholizismus – dürfen jedoch nur im Rahmen des staatlichen Religionsverwaltungssystems öffentlich ihren Glauben praktizieren. Dabei müssen sie die Kontrolle durch den Staat akzeptieren, die dieser mit Hilfe der offiziellen Dachverbände der Religionen ausübt. Alle Kleriker, religiösen Versammlungs- und Ausbildungsstätten müssen, um legal arbeiten zu können, über diese offiziellen Dachverbände beim Staat registriert sein. De facto praktizieren viele Menschen ihren Glauben aber außerhalb dieses streng reglementierten Rahmens im sogenannten „Untergrund“ oder in Grauzonen dazwischen. So dürfte ein großer Teil der 38 bis 80 Millionen Protestanten und etwa die Hälfte der rund zehn Millionen Katholiken nicht registrierten Hauskirchen beziehungsweise der Untergrundkirche zuzurechnen sein.

Seit den 1980er Jahren haben sich in China immer wieder restriktive Phasen der Religionspolitik mit vergleichsweise liberalen abgewechselt. Anfang der 2010er Jahre wurde in Parteikreisen sogar ernsthaft diskutiert, ob es nicht auch Mitgliedern der Kommunistischen Partei erlaubt sein sollte, einen religiösen Glauben zu praktizieren. Inzwischen ist an solche Debatten nicht mehr zu denken. Unter Xi Jinping, der 2013 Staatspräsident wurde, ist die chinesische Führung entschlossen, die Partei wieder auf Linie zu bringen und ihr Machtmonopol in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens erneut massiv durchzusetzen – die Religionen eingeschlossen. Digitale Innovationen liefern dazu ein neues Kontrollinstrumentarium. Ein selbstbewusst gewordenen China

beansprucht international Diskursheftigkeit und will selbst das Denken der Welt beeinflussen, statt seine Bevölkerung vom Westen und seinen Werten „infiltrieren“ zu lassen.

Die Ausmerzungen der Grauzonen

Religiöse Aktivitäten im Untergrund sind bis in die jüngste Zeit immer wieder unterdrückt, aber häufiger von den lokalen Behörden toleriert worden. Hier ist unter der Führung Xi Jinpings jedoch klar der Wille zu erkennen, die religiöse Monopolstellung der von Partei und Staat kontrollierten Dachverbände der Religionen noch wirksamer durchzusetzen. Auf diese Weise soll das religiöse Leben in Grauzonen ausgemerzt werden.

Für die katholische Kirche bestehen zwei offizielle Dachverbände, die meist im Doppelpack auftreten: die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung und die von Rom bisher nicht anerkannte Chinesische Bischofskonferenz. Beide haben das Prinzip der Unabhängigkeit von ausländischen Kräften, also von Rom, in ihren Satzungen verankert. Dieses Prinzip ist der Hauptgrund dafür, dass ein Teil der Katholiken aus Gewissensgründen – um die Einheit mit dem Papst zu wahren – den Glauben lieber unter Schwierigkeiten im Untergrund praktiziert und die beiden Organisationen auch bei vielen in der offiziellen Kirche kein hohes Ansehen haben.

Der Staat behandelt diese offiziellen Dachverbände wie untergeordnete Behörden und fördert ihren personellen Aufbau. So schrieb die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung dieses Jahr auf ihrer Website fünf Stellen aus, zwei davon für Forschung und Publikationen. Hunderte von Hochschulabsolventen bewarben sich auf diese Posten, darunter solche, die an Parteihochschulen marxistische Philosophie studiert hatten. Ein religiöser Hintergrund war in der Ausschreibung nicht verlangt, wohl aber politische Zuverlässigkeit. Kein Wunder, dass manche Veröffentlichungen der offiziellen katholischen Dachverbände eher Parteidokumenten gleichen als kirchlichen Texten. Dies muss man jedoch vom kirchlichen Leben an der Basis unterscheiden: Auch im registrierten, offiziellen Teil der Kirche haben sich katholische Diözesen und Pfarreien oft Freiräume für die kirchliche Arbeit jenseits der parteistaatlichen Bevormundung bewahrt.

Seit Inkrafttreten der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ im Jahr 2018 haben die Behörden massiv den Druck auf nichtregistrierte religiöse Gruppen verstärkt. So wurden kirchliche Amtsträger zeitweise an unbekannte Orte verschleppt und zwangsgeschult, in anderen Fällen löste die Polizei Gottesdienste auf, konfiszierte religiöses Material und verhängte Geldbußen. Eine Reihe protestantischer Hauskirchen-gemeinden wurde geschlossen, etwa im Dezember 2018



Auf dem Priesterhaus der Diözese Sanyuan (links) mussten die „sozialistischen Kernwerte“ angebracht werden. Daneben: Viele Kirchen verfallen oder werden demoliert



Christen

die Early Rain Covenant Church in Chengdu. Ihr regimkritischer Leiter, Pastor Wang Yi, wurde Ende 2019 wegen „Anstiftung zum Umsturz“ und „illegalem Handel mit religiösen Druckerzeugnissen“ zu neun Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Sommer 2017 wurde erstmals berichtet, dass örtliche Behörden in den Provinzen Henan und Zhejiang Minderjährigen den Besuch katholischer und protestantischer Gottesdienste und die Teilnahme am kirchlich organisierten Religionsunterricht verbieten. Diese Verbote haben sich inzwischen auf viele Orte ausgeweitet. An einer wachsenden Zahl von Kirchen finden sich Schilder mit der Aufschrift „Zutritt für Minderjährige verboten“. Im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang – wo nicht erst seit Einführung der Massenunterziehungslager im Jahr 2017 eine besonders repressive Religionspolitik herrscht – ist es Minderjährigen seit vielen Jahren untersagt, Moscheen oder Kirchen zu betreten.

Parteizugriff auf die Auslegung religiöser Lehren

Die „Sinisierung“ der Religionen ist seit 2015 ein Schlüsselkonzept der staatlichen Religionspolitik. In den Jahren 2018/2019 mussten die Dachverbände aller fünf Religionen „Fünfjahrespläne“ für die Sinisierung ihrer Religion veröffentlichen. Darin hatten sie aufzuzeigen, wie sie die Auslegung ihrer Religion nicht nur mit der traditionellen Kultur, sondern auch mit dem „Fortschritt des heutigen China“ vereinbaren wollen – also mit der sozialistischen Gesellschaft. Das Schlagwort der „Sinisierung“ wird von den Behörden als Begründung für unterschiedlichste Forderungen benutzt, vom Abriss „arabischer“ Architekturelemente wie Minarette und Kuppeln von Moscheen ebenso wie zum Anbringen der Nationalflagge und der „sozialistischen Kernwerte“ in religiösen Stätten. Die größte Herausforderung für chinesische Theologen und Religionsführer dürfte darin liegen, dass die Kommunistische Partei auf die religiösen Lehren selbst stärkeren Einfluss nehmen will. Am 26. November 2019 verlangte Wang Yang, Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz und Mitglied des Politbüros der Partei, den Aufbau „religiöser Denksysteme“, die chinesische Besonderheiten aufweisen und dem Fortschritt der Zeit entsprechen, als ideologische Grundlage für die Anpassung der Religionen an die sozialistische Gesellschaft. Während des Treffens, bei dem es um die Auslegung religiöser Lehren ging, wurde gefordert, dass die Übersetzungen der heiligen Schriften der Religionen überprüft und „Inhalte, die nicht dem Fortschritt der Zeit entsprechen, nötigenfalls kommentiert, korrigiert oder neu übersetzt werden müssen“.

Der Heilige Stuhl und China

Seit der Amtszeit von Papst Johannes Paul II. gab es immer wieder Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und der chinesischen Führung. Ein zentraler Konflikt ist hier die Frage der Bischofsnennungen, die China als staatliches Hoheitsrecht für sich beansprucht. Vom Staat erzwungene illegitime Bischofsweihen ohne päpstliches Mandat haben seit 1958 immer wieder Spaltungen und Leid in der chinesischen Kirche verursacht. Papst Franziskus hat seit Beginn seines Pontifikats seine Wertschätzung für China betont. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Laut Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin ging es dem Heiligen Stuhl dabei um die Wahrung der kirchlichen Einheit und darum, „realistische pastorale Lösungen“ zu finden, die es den chinesischen Katholiken erlauben, „vollständig katholisch und gleichzeitig authentisch chinesisch zu sein“.

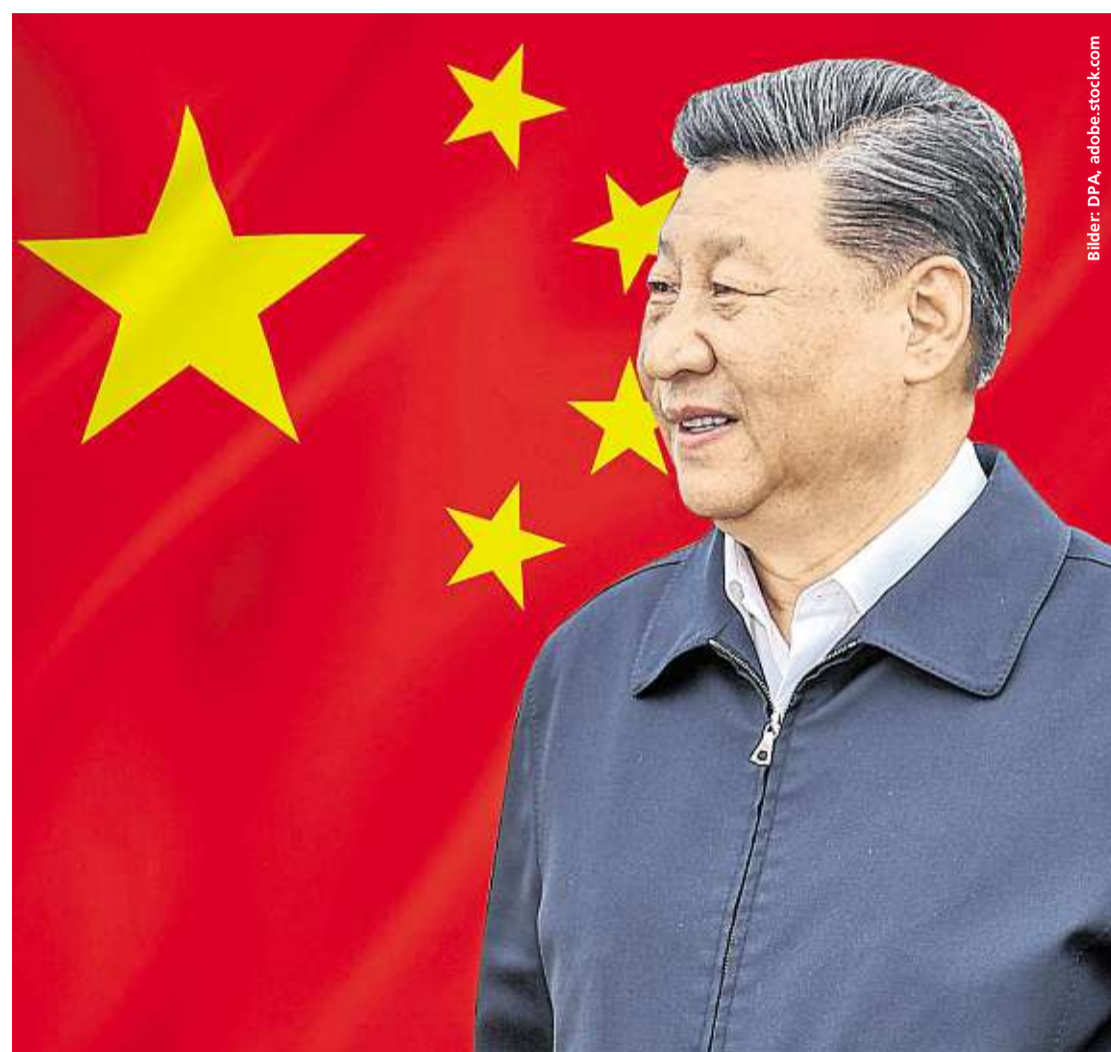
Am 22. September 2018 unterzeichneten der Heilige Stuhl und die Volksrepublik China ein auf zwei Jahre befristetes „Vorläufiges Abkommen über Bischofsnennungen“. Gleichzeitig wurden die letzten sieben ohne päpstliches Mandat geweihten chinesischen Bischöfe vom Papst anerkannt. Der Inhalt des Abkommens ist geheim. Es sieht vermutlich vor, dass der Papst von der chinesischen Seite vorgeschlagene Bischofskandidaten überprüft und entweder ernennt oder ein zu begründendes Veto einlegt. Zwei Jahre später hat das Abkommen aus kirchlicher Sicht nur wenige Früchte gezeitigt, die zudem überschattet sind von zunehmender Kontrolle und Unterdrückung der katholischen Gemeinschaften in China.

Positiv ist zu verbuchen, dass nun alle Bischöfe Chinas formell in Einheit mit dem Papst sind und in den letzten zwei Jahren auch keine neuen illegitimen Weihen stattfanden. Doch obwohl etwa 40 Bischofsitze vakant sind, konnten in diesen zwei Jahren nur zwei Bischöfe mit Zustimmung sowohl des Papstes als auch der chinesischen Regierung geweiht werden. Beobachtern zufolge können diese Weihen nur bedingt als Früchte des Abkommens gelten, da der Papst die beiden Bischöfe lange vor dem Abkommen ernannt hatte. Von den 30 Bischöfen im Untergrund wurden seit Abschluss des Abkommens fünf von den Behörden anerkannt und öffentlich als Bischöfe installiert, vier davon im Sommer 2020.

Unmittelbar nach Abschluss des Abkommens begannen Behörden in einigen Provinzen Chinas, Untergrundkleriker massiv unter Druck zu setzen. Sie forderten von ihnen, sich zu registrieren und Erklärungen zu unterschreiben, dass sie das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche unterstützen. Dabei sollen Behörden immer wieder argumentiert haben, dass der Papst dem schon zugestimmt habe – eine Behauptung, die sich nicht klar widerlegen ließ, da der Inhalt des Abkommens geheim ist und auch Vatikanvertreter die Ansicht äußerten, dass „der Untergrundstatus verschwinden“ werde. Viele Priester und Gläubige im Untergrund fühlten sich orientierungslos, manche von Rom verraten.

Erst nach langem Schweigen kritisierte der Heilige Stuhl im Juni 2019 öffentlich die „Einschüchterungsmaßnahmen“ der Behörden und bekundete Respekt für die Entscheidung derer, die sich aus Gewissensgründen unter den gegebenen Bedingungen nicht registrieren lassen wollen. Sieht man die beschriebene Verschärfung der staatlichen Religionspolitik, wäre der Druck auf den katholischen Untergrund sicher auch ohne das Abkommen verstärkt worden, doch so konnte er eine demoralisierende Wirkung entfalten. Auch in der offiziellen Kirche gibt es teilweise Vorbehalte gegen die vom Heiligen Stuhl im Zusammenhang mit dem Abkommen gegenüber China eingegangenen Kompromisse.

Am 21. September läuft das Vorläufige Abkommen aus. Noch ist unklar, ob und in welcher Form es verlängert wird. Die Verhandlungsposition des Vatikans ist schwierig, da er bereits viele Zugeständnisse an China gemacht hat und Peking bei einem Scheitern der Gespräche mit neuen illegitimen Bischofsweihen drohen könnte, sehr zum Schaden der Kirche in China. Peking hat in den letzten Monaten stark an Zustimmung in Europa verloren und könnte deshalb an guten Beziehungen zum Vatikan interessiert sein. Auch um Taiwan zu schaden, dessen letzter diplomatischer Verbündeter in Europa der Heilige Stuhl ist. Doch soll es in der Partei starke Kräfte geben, die es grundsätzlich ablehnen, dem Heiligen Stuhl Einfluss auf „innere Angelegenheiten“ Chinas zu gewähren. Es ist ein Ausgang zu wünschen, der für die chinesische Kirche hilfreich ist, auch wenn eine grundlegende Verbesserung ihrer Situation in naher Zukunft unwahrscheinlich ist. Sie wird aber – wie selbst in Zeiten



der Pandemie –weiterhin auch kleinste Freiräume nutzen, um ihren Glauben zu leben und für andere sichtbar zu machen.

Hongkong als Fenster zur Freiheit

Das vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Peking verabschiedete Gesetz über nationale Sicherheit für Hongkong, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, bedroht in dramatischer Weise die Freiheitsrechte der Hongkonger Bevölkerung, die Christen eingeschlossen. Die Diözese Hongkong, die unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ bisher nicht der chinesischen Religionspolitik unterworfen war, dient der katholischen Kirche Festlandchinas seit Jahrzehnten als „Brückenkirche“. Für Katholiken vom Festland ist Hongkong leichter zu erreichen als andere Länder; sie können dort frei Kontakt zur internationalen Weltkirche aufnehmen. Der inoffizielle Vertreter des Heiligen Stuhls für China hat dort seinen Sitz. Viele Informationen über die Kirche in China laufen in Hongkong zusammen. Auch für die katholische Kirche Festlandchinas droht sich also in Hongkong ein Fenster zur Freiheit zu schließen.

Die Autorin ist Mitarbeiterin des katholischen China-Zentrums in Sankt Augustin und Chefredakteurin der Zeitschrift „China heute. Informationen über Religion und Christentum im chinesischen Raum“.



Die protestantische Haidian-Kirche in Peking, daneben: Mitglieder einer Mutter-Teresa-Vereinigung in Shanghai.

